

Im Schatten der Geschichte

Fakten und Überlegungen zu Franz Josef Röders Vergangenheit vor 1945

Von Peter
Wettmann-Jungblut

*Der kritische Blick des
späteren Nachfolgers:
Ministerpräsident Franz
Josef Röder im angereg-
ten Gespräch mit Oskar
Lafontaine, November
1975.*

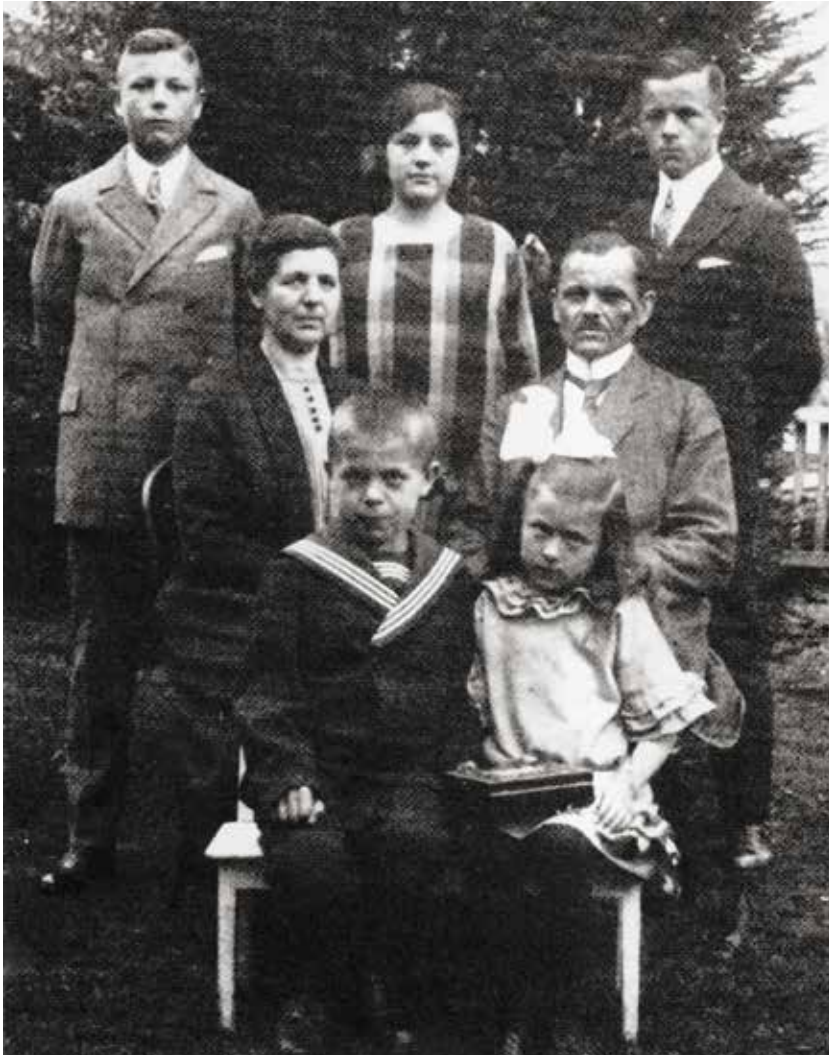
Die Saarländer tun sich nicht gerade leicht damit, die angemessenen Formen und die »richtigen« oder wichtigen Inhalte des Erinnerns an die NS-Zeit zu finden. Verfolgt man so manche Debatten der letzten Monate und Jahre, dann gelangt man unschwer zu der Einsicht, dass die Schwierigkeiten des Erinnerns gleich in doppelter Weise gegeben sind. Auf der einen Seite zeugen etwa die Kontroversen um den jüngst eingeweihten Rabbiner-Rülf-Platz von der Unmöglichkeit, einen zentralen Ort des Gedenkens an die saarländischen Opfer des Holocausts nach den Vorstellungen und Wünschen aller Bürger zu gestalten: Ist der Platz nun ein »Erinnerungsort« oder ein »Mahnmal«, darf der »unterbrochene Wald« bis auf die Stufen der Freitreppe reichen oder »stört« er dort das Wohlbefinden flancierender Bürger, wie viele Täfelchen mit den Namen der Opfer müssen oder dürfen es sein und wo sollen sie angebracht werden? – solche und andere Fragen erregten ausgerechnet in der letzten Phase der bereits 2008 begonnen Planungen die saarländische Öffent-

lichkeit. Sie ließen unterschwellig erkennen, dass kommunale wie staatliche Erinnerungskultur nach wie vor ein umkämpftes und nicht leicht zu bestellendes Feld ist, dass Gedenken, das eigentlich der Annäherung an die Vergangenheit dienen sollte, ebenso unerwartet wie häufig Konflikte heraufbeschwören kann, die in der Gegenwart wurzeln.

Die Erinnerung an die NS-Diktatur ist Teil dessen, was als die »zweite Geschichte« des Nationalsozialismus bezeichnet wird, der sowohl die »Loslösung von Vergangenheit« als auch die »Integration der Geschichte in das Nachkriegsbewusstsein«¹ eigen ist. Hieraus resultiert nun die zweite Schwierigkeit des Erinnerns, zielt dieses doch nicht allein auf die Vergegenwärtigung des Schicksals der Opfer, sondern auch auf die dauerhafte Anerkennung der Schuld der Deutschen oder einzelner Deutschen. Die Diskussion um die Umbenennung der Hermann-Röchling-Höhe, die im letzten Jahr auch in den »Saargeschichte|n« ihr Echo fand, bietet ein gutes Beispiel dafür, dass jene »Loslösung von Vergangenheit« nicht überall und zu jeder Zeit vorangetrieben wurde, dass Vergangenheit vergessen oder ihre »Integration in das Nachkriegsbewusstsein« unreflektiert geschah, dass schließlich Vergangenheitspolitik auch entlang gesellschaftspolitischer Machtverhältnisse ausgerichtet wurde und wird.

Im Fall Röchling, der in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert wurde, blieb nach dem Kompromiss der halben und halbherzigen Umbenennung ein gewisses Unbehagen darüber zurück, dass trotz evidenter historischer Fakten keine eindeutige politische Willensäußerung erkennbar war. Im Fall des ehemaligen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder, der im Folgenden dargelegt werden soll, sind die Irritationen anderer Art: Seit Jahrzehnten gibt es über Röders vorgeblich braune Vergangenheit keine öffentliche Diskussion, sondern eher ein stilles, unterirdisches Rumoren, das immer mal wieder Verdächtigungen





strich unter lange, CDU-interne Querelen um seine Person gezogen. Franz Josef Röder war 1959 nach dem tödlichen Verkehrsunfall Egon Reinerts zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Links: Ein noch ungetrübtes saarländisches Familienidyll: Franz Josef Röder (hinten links) im Kreis seiner Geschwister Johanna, Albrecht, Anton und Elisabeth und der Eltern Emilie und Franz, um 1923.

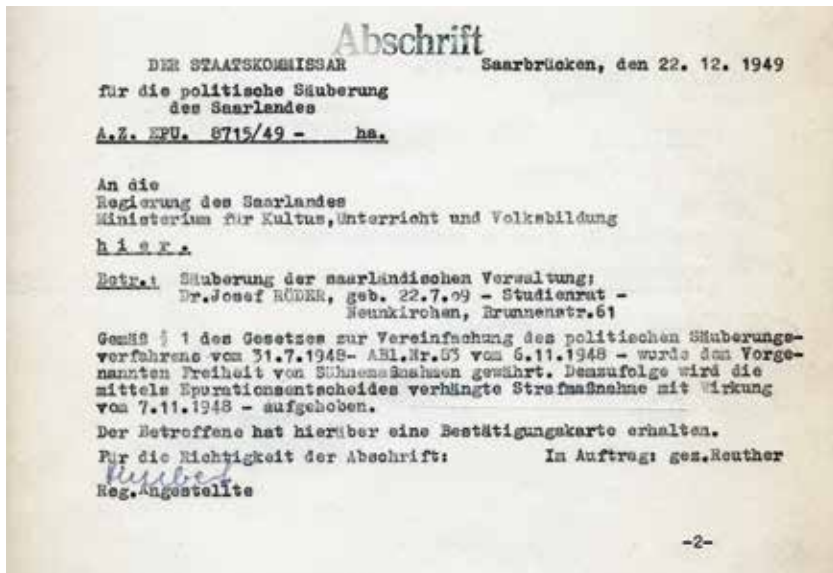
an die Oberfläche spült, sei es in der Form von einschlägigen Anfragen an staatliche Behörden, sei es in der Form empörter Reaktionen auf biografische Artikel, die Röders Mitgliedschaft in der NSDAP unerwähnt lassen. Außer Letzterer hat die kritisch-historische Erforschung des Nationalsozialismus, deren Ergebnisse die Erinnerungskultur zumindest teilweise determinieren, allerdings bis heute keine weiteren Beweise für Röders braune Gesinnung, gar Verstrickung in das NS-Regime gefunden – ein Umstand, der einen sensiblen Umgang mit dem Thema ebenso erforderlich macht wie weitere »Erinnerungsarbeit«.

Als Franz Josef Röder am 26. Juni 1979 überraschend starb, ging mit der »Ära Röder« die zweitlängste Regierungszeit eines Ministerpräsidenten der Bundesrepublik zu Ende; nur Peter Altmeier, der von 1947 bis 1969 die Geschicke des Nachbarlandes Rheinland-Pfalz lenkte, hatte noch größere Beharrungskraft im Amt bewiesen. Röder war 20 Jahre lange der ungekrönte, aber nicht unumstrittene Souverän der Saar gewesen: Am Tage vor seinem Tode hatte er seinen Rücktritt als Ministerpräsident zum Jahresende angekündigt und damit einen Schluss-

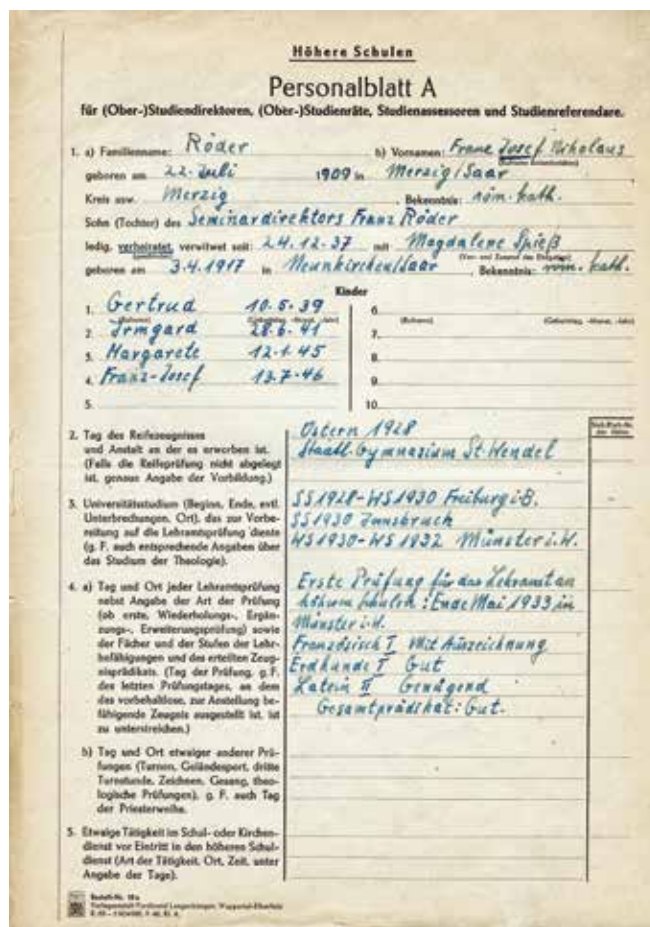
Zwischen dem Juristen Reinert und dem Pädagogen Röder gibt es einige biografische Gemeinsamkeiten: Sie waren fast gleich alt, stammten beide aus gut katholischen Elternhaus und traten bereits 1933 der NSDAP bei. Während Reinert aufgrund seines vormalig braunen Parteibuchs und der Tatsache, dass er seit 1938 Geschäftsführer der Anwaltskammer Zweibrücken gewesen war, kaum öffentlich angegriffen wurde, stand Franz Josef Röder wegen seiner »braunen« Vergangenheit – und vor allem in seiner Funktion als Lehrer an der deutschen Auslandsschule Den Haag – wiederholt in der Kritik. Zu Beginn seiner politischen Karriere im Jahr 1955 und wiederum anlässlich der Kabinettsumbildung nach der Landtagswahl vom 4. Dezember 1960 wurde Röders angebliche nationalsozialistische Gesinnung von seinen politischen Gegnern thematisiert. Im Nachgang der Filbinger-Affäre des Jahres 1978 waren es dann auch eigene Parteifreunde, die diesbezüglich »Pressionen« ausübten.²

Dass Röder Mitglied der NSDAP gewesen war, ist folglich ein altbekanntes Faktum, das in einer jüngst erschienenen Publikation der Landtagsfraktion der

Rechts: Röders rasantem politischem Aufstieg ging ein ebenso steiler beruflicher voraus: Aus dem Studienrat des Jahres 1948 war bereits 1951 der hier porträtierte Oberstudienleiter und Leiter des Realgymnasiums Dillingen geworden.



Franz Josef Röders Epurationsentscheid vom 23. Februar 1948 (links oben), sein Personalblatt vom 7. Juli 1948 (rechts) und der Bescheid über die Aufhebung der verhängten Sanktion (links unten).



schaft ergebenden Verdachtsmomenten. Bereits die alliierten Besatzungsmächte hatten allerdings die Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Formationen nicht zum alleinigen Kriterium für die Beurteilung des zu entnazifizierenden Personenkreises gemacht und beließen viele »belastete« Beamte, von denen rund 65 % der NSDAP angehört hatten, in ihrer Position. Diese teils auf pragmatischen Gründen beruhende Nachsicht ist vielfach kritisiert worden. Sie beruhte aber auf der frühen Erkenntnis, dass die gesamte deutsche Gesellschaft nationalsozialistisch dominiert und zumindest infiziert gewesen war, dass die nationalsozialistische Diktatur nicht allein von den rund 6,5 Millionen Parteimitgliedern, sondern auch und vor allem von der breiten Mehrheit der knapp 80 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches getragen worden war. Zugleich war schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit unbestritten, dass die Zuweisung einer Kollektivschuld die Verantwortung des Einzelnen, der sich des neu geschaffenen Tatbestands des »Verbrechens gegen die Menschlichkeit« oder anderer Verbrechen schuldig gemacht hatte, nicht herabsetzen durfte, dass unter rechtsstaatlichen Prämissen Schuld und Verantwortlichkeit im juristischen Sinne nur durch eine Einzelfallprüfung festgestellt werden konnten. Dieses Recht einer sorgfältigen Prüfung sollte auch dem ehemaligen Minis-

Linken über die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter nicht zum ersten Mal Erwähnung findet. Bemerkenswerterweise hat ihn Oskar Lafontaine in seinem Vorwort jedoch quasi ex cathedra »freigesprochen«: Nach anfänglichem Misstrauen in Röders »Unschuld« gelangte Lafontaine durch die nähere Bekanntschaft mit ihm zu der Einsicht, dass Röders Mitgliedschaft nicht auf »innerer Überzeugung« habe beruhen können. Röder habe, so Lafontaine weiter, »keinem arisch-germanischen Weltbild oder einem bornierten völkischen Nationalismus« gehuldigt, sondern sei vielmehr aus rein opportunistischen Gründen und unter dem Druck der »Anpassung an den Zeitgeist« der NSDAP beigetreten.³

Lafontaines anfängliche Zweifel an Röders Versicherung, dass er sich in der Zeit des NS-Regimes nichts habe zuschulden kommen lassen, gründeten nicht in anderslautenden Beweisen, sondern ausschließlich in den sich aus seiner Parteimitglied-

GOUVERNEMENT MILITAIRE EN ALLEMAGNE
FRAGENBOGEN
QUESTIONNAIRE PERSONNEL

Wozu? In Interesse von Klarheit bei dieser Fragebogen in Deutsch und französisch verfaßt. In Zweifelsfällen ist der französische Text maßgeblich. Jede Frage muß so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unterzeichnung der Bescheinigung, gegen nachträgliche Änderungen werden wegen Zweifeln, ungenügender oder unrichtiger Antworten gerichtlich verfolgt. Falls mehr Raum benötigt wird, sind weitere Blätter anzufügen.

A. Personendaten
 Name: Röder, Josef
 Geburtsdatum: 22.7.09
 Geburtsort: Münchweiler
 Beruf: Lehrer
 Politische Partei: NSDAP
 Berufliche Stellung: Lehrer

B. Mitgliedschaft in der NSDAP
 1. Waren Sie jemals Mitglied der NSDAP? Ja ja
 2. Wann? 1933
 3. Haben Sie den Antrag wiederholt? Nein
 4. In welchem Amt? Lehrer

C. Berufliche Stellung
 1. Berufliche Stellung: Lehrer
 2. In welcher Funktion? Lehrer

FRAGENBOGEN

4. Haben Sie die Mitgliedschaft einer Partei jemals wiederholt? Nein
 5. In welcher Partei? NSDAP
 6. Wann? 1933

C. Tätigkeiten in NSDAP-Nähe
 1. In welcher Funktion? Lehrer

D. Mitgliedschaft in anderen Organisationen

| Organisation | Zeitraum | Stellung |
|--------------|--------------------|----------|
| 1. NSDAP | 1933 bis Ende 1933 | Lehrer |
| 2. NSDAP | 1934 bis Ende 1934 | Lehrer |
| 3. NSDAP | 1935 bis Ende 1935 | Lehrer |
| 4. NSDAP | 1936 bis Ende 1936 | Lehrer |
| 5. NSDAP | 1937 bis Ende 1937 | Lehrer |
| 6. NSDAP | 1938 bis Ende 1938 | Lehrer |
| 7. NSDAP | 1939 bis Ende 1939 | Lehrer |
| 8. NSDAP | 1940 bis Ende 1940 | Lehrer |
| 9. NSDAP | 1941 bis Ende 1941 | Lehrer |
| 10. NSDAP | 1942 bis Ende 1942 | Lehrer |
| 11. NSDAP | 1943 bis Ende 1943 | Lehrer |
| 12. NSDAP | 1944 bis Ende 1944 | Lehrer |
| 13. NSDAP | 1945 bis Ende 1945 | Lehrer |

terpräsidenten Röder nicht verwehrt bleiben, ist es doch durchaus fraglich, ob die Parteimitglieder Egon Reinert oder Franz Josef Röder größere Schuld am alltäglichen Funktionieren und an den Verbrechen des NS-Regimes trugen als Nicht-Parteimitglieder wie etwa Hubert Ney, der bis 1945 eine der größten Anwaltskanzleien des Saargebietes führen konnte, ob Reinert und Röder für Ämter des neuen demokratischen Bundesstaates weniger geeignet waren als Ney, der sich Ende der 1960er Jahre offen zur NPD bekannte.

Während der ehemalige Ministerpräsident Lafontaine seinen Vorgänger entlastet, mehrten sich in den letzten Jahren kritische Stimmen zu Röders Vergangenheit, die sich teilweise zu der Forderung versteigen, den Namen der Saarbrücker Franz-Josef-Röder-Straße im Sinne einer demokratische(re)n Erinnerungskultur zu ändern. Als auslösendes Moment für die Zunahme solcher Äußerungen darf ein Wikipedia-Artikel gelten, der zwar »nur« Röders Parteimitgliedschaft aufführt, seine NSDAP- und NSLB-Mitgliedskarte jedoch an prominenter Stelle präsentiert. Sieht man einmal von Zeitzeugenberichten ab, wie sie etwa Erich Voltmer zu Röders Entlastung sammelte⁴, dann bleibt weiterhin die Tatsache bestehen,

Erläuterungen zu meinen Fragebogen.

Da meine politische und weltanschauliche Haltung in der Vergangenheit durch meinen Fragebogen allein nicht richtig zum Ausdruck kommt, gestatte ich mir, nachstehend noch folgende Erläuterungen abzugeben:

1. Sie aus dem Gutachten des Landespolizeiverwaltungsdirektors Saar, Herrn Dr. Gerber, hervorgeht - der als ehemaliger polizeilicher Beamter seine Dienste - habe ich bis zur Nachkriegszeit öffentlich sowohl in meinen Bekanntheitskreisen als auch in der heimlichen NS-Organisation, an der Unterbreitung noch nicht beendet, bin, mein Staatswesen nicht zu verlassen, selbst auf die Gefahr hin, sei es nur durch passives Verhalten, nur durch Verweigerung, ich habe in Gegenteil die Republik nachdrücklich verteidigt.

2. Nach Ablegung meines Staatsbenedicten im Mai 1933 bin ich in eine andere Situation als im Reich, weil der Abtretungskompensationsvertrag an meiner Heimat keine nationale Bewegung, sondern lediglich ein nationalsozialistisches Bewegungslager hat, das erst Ende 1933 bin ich in meinen Fall zurückkehrte, als Parteimitglied anerkannt worden. Sogar abgesehen von der Abtretung des Saargebietes, niemand gewarnt, sondern, besonders auf die jungen Leute, hier sehr viel größerer Druck aus, vor allem seine Verprechungen des Christentums entgegen. Als dann wider alles Erwarten der Christentum geschlungen und ich habe dann als letzter und zugleich jüngerer meiner Beitritt zur nationalsozialistischen Bewegung, meine ablehnende Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber nicht einseitig hervor, geht aus den beigefügten Gutachten Nr. 2 und 3 hervor, dass ich sonst nie beschuldigt wurde, habe ich den Namen Wegmann ins Ausland ausgetreten und bin dann 1937 bei dem Verlassen einer SBB-Bahnlinie als einziger demonstrativ den Saal verlassen habe.

Zwei Seiten des Fragebogens zur Entnazifizierung und Röders beigefügte Erläuterungen vom 19. Januar 1948.



*Links:
Am Schlagbaum des
Grenzübergangs Eichel-
scheid feiert der zwei
Monate zuvor gewählte
Ministerpräsident inmit-
ten einer Menschenmen-
ge den als »Tag X«
bezeichneten 6. Juli 1959,
an dem die Zollschranken
zur Bundesrepublik
fielen.*

*Rechts:
Bundespräsident
Heinrich Lübke begrüßt
Franz Josef Röder beim
Neujahrsempfang in der
Villa Hammerschmidt,
10. Januar 1963.*

dass sich Franz Josef Röders konkretes Tun und Lassen während der Jahre der Diktatur aus spärlichen schriftlichen Quellen erschließt: In den Unterlagen des ehemaligen Berlin Document Center im Bundesarchiv finden sich eben jene wenig aussagekräftigen Mitgliedskarten für die NSDAP, der er am 1. August 1933 beitrug, sowie für den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) und das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK), denen er sich im Februar 1934 als Studienreferendar in Neunkirchen anschloss. Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, das die Überlieferung der Auslandsschulen und des DAAD verwahrt, weist große kriegsbedingte Lücken auf. So endet die Überlieferung zur Deutschen Schule in Den Haag bereits im April 1935 und enthält folglich auch keine Personalakte Röder, und die Akten des DAAD sind fast vollständig verloren gegangen. Im Landesarchiv schließlich fand sich vor Kurzem eine dünne Akte des saarländischen Kultusministeriums aus den späten 1940er Jahren, die neben Personalblättern auch Teile von Akten des Eurationsverfahrens enthält, das Röder bei seiner Übernahme in den saarländischen Schuldienst Anfang 1948 durchlaufen musste.⁵ Sie bietet keine grundlegend neuen Erkenntnisse, sollte aber dennoch geeignet sein, ein wenig mehr Fleisch an das dürre Gerippe spekulativer Geschichtsschreibung zu bringen.

Franz Josef Röder hatte seit 1928 in Freiburg, Innsbruck und Münster studiert. Im Juli 1932 wurde er mit einer 1933 gedruckten Arbeit »Das Fürstenbild in den mittelalterlichen Fürstenspiegeln auf franzö-

sischem Boden« in Münster promoviert, wo er auch im Mai 1933 seine Erste Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen ablegte. Nach seinem zweijährigen Referendariat in Neunkirchen und St. Wendel wurde er im Oktober 1935 zum Studienassessor ernannt. Röder fand zunächst nur Teilzeit- und Aushilfsbeschäftigung am Gymnasium St. Wendel und am Saarbrücker Ludwigsgymnasium, sodass er sein Einkommen mit privatem Nachhilfeunterricht aufbessern musste. Im November 1937 nahm er dann die Möglichkeit einer Einstellung als Studienrat am Deutschen Realgymnasium Den Haag wahr, wo er auch ehrenamtlich eine Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes betreute. 1944 wurde Röder zusammen mit den Schülern der Deutschen Schule nach Luckau (in der Lüneburger Heide) evakuiert, wo er bis Kriegsende blieb. Seit Januar 1946 arbeitete er als Chefdolmetscher und Leiter des Sprachendienstes der Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen in Speyer, bevor er 1948 mit seiner Familie ins Saarland zurückkehrte und eine Anstellung als Studienrat am Städtischen Mädchenrealgymnasium Neunkirchen erhielt.

Einigermaßen erstaunlich ist der Umstand, dass Franz Josef Röder zu Beginn oder im Verlauf seiner Dolmetschertätigkeit für die Generaldirektion der Südwestdeutschen Eisenbahnen nicht entnazifiziert wurde, denn die Direktion arbeitete eng mit dem »Détachement d'occupation des chemins de fer français« der französischen Besatzungsmacht zusammen. Im Bestand des Landesarchivs Speyer findet sich

keine diesbezügliche Akte, und man kann vermuten, dass den Besatzungsbehörden die Persönlichkeit des älteren Bruders als Garantie genügte: Dr. Albrecht Röder, Mitglied des Speyerer Domkapitels, war im Frühjahr 1944 von der Gestapo verhaftet und unter dem Vorwurf des Hochverrats für mehrere Monate inhaftiert worden. Auf Anraten des inhaftierten Bruders und wohl aus Angst vor Sippenhaft hatte Franz Josef Röder Frau und Kinder aus Speyer nach Luckau in Sicherheit gebracht und kehrte gemeinsam mit seiner Familie nach dem Einzug der französischen Armee in die Domstadt zurück. Denkbar ist auch, dass Röders Parteimitgliedschaft geflissentlich übersehen wurde, da deutsche und französische Behörden in den ersten Nachkriegsmonaten händeringend nach kompetenten Dolmetschern suchten.

Hingegen ist es angesichts des immensen Aktenverlustes wenig erstaunlich, dass sich im Bestand »Staatskommissar für die politische Säuberung« des Landesarchivs keine Epurationsakte Röder findet. Nach Schätzungen des Staatskommissars müssen bis 1950 mehr als 70.000 Einzelakten angelegt worden sein; erhalten geblieben sind allerdings nur rund 6.000. Die oben erwähnten Teilstücke umfassen den ausgefüllten Fragebogen der französischen Gouvernment Militaire en Allemagne, der vom 19. Januar 1948 datiert, als sich Röder, noch in Speyer wohnhaft, um eine Anstellung im Saarland bewarb. Hinzu kommen eine dreiseitige Erläuterung Röders zu seinem Fragebogen, ein Epurationsentscheid vom 23. Februar 1948, demgemäß eine Sanktion »Kürzung des Gehalts um zwei Stufen« verhängt wurde, sowie ein weiterer Entscheid vom 22. Dezember 1948, der die verhängte Sühnemaßnahme gemäß § 1 des »Gesetzes zur Vereinfachung des politischen Säuberungsverfahrens vom 31. Juli 1948« mit Wirkung vom 7. November des Jahres wieder aufhob. Es fehlen Urteilspruch und Urteilsbegründung der zuständigen Spruchkammer, die von Röder in seiner Erläuterung erwähnten »Persilscheine« unbelasteter oder bereits entlasteter Persönlichkeiten und der im Laufe eines Säuberungsverfahrens normalerweise angefallene Briefwechsel.

In seinem Fragebogen bestätigte Röder die Mitgliedschaft in der NSDAP, im NSLB und im NSKK, aus dem er allerdings im Oktober 1937 austrat, und erwähnt zudem seine seit 1940 bestehende Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt



Ein sichtlich gut aufgelegter Ministerpräsident eröffnet im April 1965 die 16. Internationale Saarmesse.

(NSV) und der Deutschen Front. Aufgrund des fehlenden Urteils kann nicht geklärt werden, in welche der fünf Kategorien die Spruchkammer Franz Josef Röder einordnete und welche Belastungsmomente sie zu der Sühnemaßnahme veranlassten. Dass überhaupt eine Sanktion verhängt wurde, spricht gegen eine Einordnung in die Kategorie »Entlasteter«, während ihr relativ moderater Charakter auf eine Einordnung als »Minderbelasteter« oder »Mitläufer« hindeutet. Den Ausschlag für diese Entscheidung dürfte vor allem Röders früher Eintritt in die NSDAP gegeben

»Franz-Josef-Treffen« in der Saarbrücker Saarländhalle: die Namensvettern Röder und Strauß auf dem 19. Bundesparteitag der CDU im Oktober 1971.





Bundespräsident Gustav Heinemann empfängt den neu gewählten Bundesratspräsidenten Franz Josef Röder, 7. November 1969.

Röder und Bundeskanzler Ludwig Erhard, wie immer mit Zigarre, werben im Bundestagswahlkampf des Jahres 1965 um saarländische Stimmen für die Union.

haben, da die saarländischen Spruchkammern Personen, die sich vor 1935 der NSDAP angeschlossen hatten, erfahrungsgemäß eine – meist auch gegebene – stärkere Affinität zu deren Weltanschauung unterstellten.

Röders argumentative Strategien in den Erläuterungen zu seinem Fragebogen ähneln denen tausenden



der anderer Epurationsakten, da er sich wie die meisten Lehrer, Beamten oder Juristen einem Verfahren ausgesetzt sah, »das eine bestimmte berufliche Position mit entsprechender Verantwortlichkeit gleichsetzte und die Beweispflicht vom Ankläger auf den Angeklagten verlagerte.«⁶ Ob seine Ausführungen zutreffend oder beschönigend waren, lässt sich im Nachhinein schwerlich überprüfen. Es besteht heute allerdings kein Grund, das Urteil der Spruchkammer, deren Mitglieder nach bestem Wissen und Gewissen entschieden, infrage zu stellen, oder zu vermuten, wichtige Fakten seiner Vergangenheit seien damals trotz der ungleich größeren zeitlichen Nähe zum Geschehen nicht bekannt gewesen. So oder so musste es Röders Bestreben sein, die Spruchkammer davon zu überzeugen, dass seine Zugehörigkeit zur NSDAP zum einen »rein nomineller Natur« gewesen war und er zum andern der Politik des Regimes lange vor dessen Ende mit mehr oder weniger großer Distanz gegenübergestanden hatte. Die besten Chancen, die selten nach dem Buchstaben des Gesetzes durchgesetzte Entnazifizierung gut zu überstehen, bot freilich der Beweis des Widerstandes gegen oder gar der Verfolgung durch das NS-Regime, den idealiter anerkannte Oppositionelle oder NS-Verfolgte, ausländische Staatsbürger oder Mitglieder der christlichen Kirchen lieferten.

Franz Josef Röder fügte seinen Ausführungen acht nicht erhaltene Gutachten (»Persilscheine«) in Anlagen bei und ließ die Richtigkeit der Angaben seines Fragebogens durch den Neunkircher Dechanten Wein bestätigen. Eines der Gutachten stammte vom Direktor der saarländischen Landespolizeiverwaltung, der als politischer Häftling in Dachau inhaftiert gewesen war, mindestens drei andere waren von holländischen Staatsbürgern verfasst, die Auskunft über sein Verhalten während der Den Haager Zeit erteilten. Im Kern stufte Röder seine Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Organisationen als »Tarnung« ein, um seine erklärte Gegnerschaft zum Nationalsozialismus nicht offenbar werden zu lassen. Denn er gehörte, so Röders eigene Worte, nicht »zu den Leuten, die bis Kriegsende auf einen Sieg der Nazis hofften und dann plötzlich anfangen, ihre Unschuld laut zu beteuern.« Halb erklärend, halb entschuldigend verwies er ferner auf die »falschen Versprechen« Hitlers dem Christentum gegenüber, die dieser mit Ab-

schluss des Reichskonkordats gemacht hatte, sowie auf den Druck, der durch seinen Wunsch nach Anstellung bzw. Weiterbeschäftigung entstanden sei.

Immer wieder betonte Röder seine »katholische Haltung« und die seiner Eltern und Geschwister, »die weit und breit in dem Ruf entschiedener Nazigegner standen«, seine christliche Weltanschauung und ungebrochene Nähe zur katholischen Kirche, die quasi von selbst eine Ablehnung des Nationalsozialismus bedingten. Dass sein Bruder Albrecht Röder zu den Opfern des NS-Regimes gehörte, ist unbestritten, während sich die Angelegenheit bei seinem Vater Franz etwas schwieriger gestaltet. Die ideologischen Schnittmengen zwischen dem politischen Katholizismus eines Franz Röder und dem Nationalsozialismus waren sicher lange Zeit größer, als dieser nach 1945 eingestehen wollte.⁷ Franz Röder selbst stellte ein Jahr nach der Epuration seines Sohnes einen Antrag auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus. Als ehemaliger Zentrumsmann und entschiedener Gegner der Gemeinschaftsschule war er 1937 als Schulrat im Kreis Ottweiler zwangsweise pensioniert und sein Einkommen dadurch geschmälert worden. Im Februar 1949 wurde sein Antrag vom Wiedergutmachungsausschuss des Landkreises Saarlouis als gerechtfertigt befürwortet und weitergeleitet. Allerdings lehnte ihn die Wiedergutmachungskommission beim Ministerium des Innern im Mai 1950 mit der Begründung ab, man könne anhand der Personalakten des Antragsstellers nicht erkennen, dass sich Franz Röder gegen das nationalsozialistische Regime betätigt habe und deshalb als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen sei.⁸

Äußerst spärlich sind die Informationen dazu, in welcher Weise Franz Josef Röders seine ehrenamtliche Tätigkeit für den DAAD wahrnahm und gestaltete. Die Akten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes sind im November 1943, als die Büros am Berliner Kronprinzenufer bei einem Bombenangriff vollständig zerstört wurden, fast alle verloren gegangen. Zugunsten der von Röder im Epurationsverfahren dargelegten Version, dass er nach der Besetzung der Niederlande seine »ehrenamtliche Tätigkeit in der Zweigstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes unabhängig von Partei und Reichskommissar ausbaute«, sprechen die Ergebnisse neuerer Forschungsarbeiten zur auswärtigen



Kulturpolitik des Deutschen Reiches. Seit 1933 lag die Quintessenz der Ziele des DAAD zweifelsohne in der Propaganda und »Sympathiewerbung für ein totalitäres Regime«; doch man kann vermuteten, dass der akademische Austausch, »weil von Menschen getragen«, sich »einer vollständigen Funktionalisierung« entzog.⁹ In Abgrenzung zu den Zielen und Vereinnahmungsbestrebungen der weitgehend fanatisierten Reichsstudentenschaft warnte der DAAD noch 1937 »vor den kontraproduktiven Folgen einer allzu radikalen Politisierung der akademischen Auslandsbeziehungen und unverblümt weltanschaulicher Arbeit, die im Ausland schnell als subversiv gedeutet werden« könne.¹⁰ Mit der Gründung des »Deutschen Studienwerks für Ausländer« im Jahr 1941 gelang es der Reichsstudentenführung dann, die zentrale Kompetenz des DAAD für den Auslandsaustausch aufzubrechen und die »einstmals vorgeblich ‚sachliche‘ Kulturpolitik« des DAAD »politisch-ideologisch zu ‚unterbauen‘«. Dennoch erwiesen sich manche ausländische Stipendiaten als »alles andere als deutschlandfreundlich« und gerieten in Konflikt mit dem NS-Staat.¹¹

Auch ein von Erich Später ohne Quellenangabe abgedruckte Notiz Franz Josef Röders für Friedrich Wimmer, Generalkommissar der Verwaltung und Justiz in den besetzten Niederlanden, vom 17. April 1943 ist kaum geeignet, Röder als eifrigen Nationalsozialisten zu entlarven.¹² Es erweist sich vielmehr, ebenso wie ein im selben Jahr veröffentlichter Aufsatz Röders,¹³ als relativ neutrales Dokument, mit dem sein geschickt lavierender Verfasser die notwendigsten Anforderungen seines Amtes erfüllte und die Phrasen und Versatzstücke der nationalsozialistischen Ideologie vermied. Erich Später scheint das Schreiben allenfalls oberflächlich gelesen zu haben, denn im blinden Furor des beseelten Nazijägers

Im Schatten des noch schlanken »schwarzen Riesen« applaudieren Röder und Kultusminister Werner Scherer dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl, der im September 1976 als Ehrengast auf der Landesversammlung der CDU-Saar weilte.



Am »Tag der offenen Tür« des Flughafens Saarbrücken-Ensheim trifft Röder mit der Flugpionierin Elly Beinhorn zusammen, 17. September 1978.

schießt er ein klassisches Eigentor: Röder war zwar als Leiter der Außenstelle des DAAD für die Beurteilung holländischer Studenten zuständig, doch weder war die Beurteilung, wie Später suggeriert, rein »weltanschaulicher« Natur, noch waren die zu beurteilenden Studenten allesamt »Nazi-Sympathisanten«. Stattdessen schrieb Röder gut ein Jahr vor dem Ende seiner Tätigkeit in Den Haag, dass sich unter den holländischen Austauschstudenten Nationalsozialisten und solche, »die noch keine Nationalsozialisten waren«, die Waage hielten. Er wies gar explizit darauf hin, dass er auf interessierte Studenten »niemals einen Druck ausgeübt« habe, sie mit anderen Worten nicht zu veranlassen suchte, sich der NSB, der »Nationaal-Socialistische Beweging in Nederland«, anzuschließen. Ob die Tatsache, dass nur wenige Studierende zunächst »den Mut hatten, in Deutschland zu studieren«, auf die unterbliebene politisch-ideologische Einflussnahme Röders oder die generelle Abneigung junger Holländer gegen das Deutsche Reich zurückzuführen war, muss dahingestellt bleiben; in jedem Fall enthielt sich Franz Josef Röder am Ende des Schreibens des obligatorischen »Deutschen Grußes«.

Die Biografie Franz Josef Röders wirft sicherlich mehr Fragen auf, als sich anhand der bekannten archivalischen Quellen beantworten lassen. Dazu gehört nicht zuletzt die Frage, warum ihm 1944, wie er in seinem Personalbogen ordnungsgemäß angab, das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter verliehen wurde. Der Orden II. Klasse wurde seit 1940 verliehen, wobei seine »inflationäre« Vergabe – rund 2,7 Millionen Mal – an Zivilpersonen vor allem in den letzten Kriegsjahren zustande kam. Ohne Schwerter wurde er für besondere Verdienste bei der Durchführung von Kriegsaufgaben ohne feindliche Waffen-

wirkung verliehen; daher liegt die Vermutung nahe, dass Röder für seinen Einsatz bei der Evakuierung der Deutschen Schule im November 1944 ausgezeichnet wurde.

Offene Fragen in Verbindung mit Überlieferungsdefiziten sollten im Normalfall Anlass für ein vorsichtig abwägendes Urteil bieten, das leider im Fall Röder des Öfteren ausbleibt. Für ihn scheint der Grundsatz des »in dubio pro reo« nicht zu gelten, und selbst ernannte Staatsanwälte gewähren ihm aus Mangel an Beweisen noch nicht einmal einen Freispruch zweiter Klasse. Genügt es wirklich, sein braunes Parteibuch plakativ aufzuschlagen, um ihn als überzeugten Nazi und Ewiggestrigen zu desavouieren? Oder wird damit nicht noch einmal der Versuch unternommen, seine Wahlentscheidungen vom 13. Januar 1935 und vom 23. Oktober 1955, die er gleich der Mehrheit der saarländischen Bevölkerung getroffen hatte, dorthin zu stellen, wo sie nach Meinung mancher sich als Superdemokraten gerierenden Kritiker hingehört, nämlich in die braune Ecke? Und ist schließlich das vernichtende Urteil nicht klammheimliche Abrechnung mit einem Ministerpräsidenten, der seine patriarchalisch-schulmeisterlichen Attitüden nur schwerlich verbergen konnte und bis zum bitteren Ende förmlich an der Macht klebte, mit einem erzkonservativen Christdemokraten, der für die protestierenden Studenten der 1960er Jahre ebenso wenig Verständnis aufbrachte wie diese für den »reaktionären« Politiker – und dennoch 1975 gegen den erklärten Willen seiner Parteifreunde die Ratifizierung der Polenverträge ermöglichte?

Bleibt man bei den sich aus einer bruchstückhaften historischen Überlieferung ergebenden Fakten und sich daraus ableitenden Plausibilitäten, dann lässt sich ein solches Urteil kaum aufrechterhalten: Weder die französische Militärverwaltung noch pfälzische oder saarländische Zivilbehörden sahen sich 1946 bzw. 1948 veranlasst, Franz Josef Röder trotz seiner zwölfjährigen Mitgliedschaft in der NSDAP eine Einstellung zu verweigern. Eine definitive Beurteilung seines politischen Verhaltens während der Diktatur kann nicht getroffen werden; einiges deutet jedoch darauf hin, dass er dem NS-Regime zumindest ab 1940 mit einer gewissen Distanz gegenüberstand. Man mag Röder anlasten, dass er, der katholische, hochgebildete und promovierte Romanist, zeitweise

der nationalsozialistischen Ideologie erlag, dass er nationalsozialistisches Unrecht (vielleicht) erkannte und nicht offen dagegen aufbegehrte; doch diese Last trugen und tragen, wie wir heute wissen, auch einige linke Galionsfiguren und moralische Instanzen der Bundesrepublik. Man mag ferner bedauern, dass das Herkulesunternehmen der Entnazifizierung der deutschen Gesellschaft auf halbem oder noch kürzerem Weg stecken blieb, sollte aber dennoch anerkennen, dass mit denselben Menschen, die die deutsche Diktatur funktionieren ließen, nach 1945 eine durchaus respektable demokratische Gesellschaft aufgebaut wurde, zu der sich auch Franz Josef Röder rückhaltlos bekannte.

Nahezu 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte es auch den Enkeln und Enkelinnen der mittlerweile fast ausnahmslos verstorbenen (Mit)Täter und Mitläufer des NS-Regimes gelingen, die ritualisierte und automatisierte Moralisierung der NS-Erfahrung ihrer Vorväter aufzubrechen und zugleich auf der politisch-moralischen Beurteilung des Unrechtscharakters der NS-Herrschaft zu beharren. Es ist eine – legitime und notwendige – Sache, dem Nationalsozialismus Namen und Gesicht zu geben; eine andere ist es, jeden Mitläufer, der nach dem Krieg politische Karriere machte, mit fragwürdigen, aber vom Gestus der moralischen Überlegenheit begleiteten Methoden in die Nähe eines verabscheuungswürdigen Täters zu rücken. Die populistische Attraktivität des Nationalsozialismus erschöpfte sich nicht in einem eliminatorischen Antisemitismus; er bot der breiten Mitte der Gesellschaft Vorstellungen von Volksgemeinschaft und Führerkult, die in fast allen politischen Strömungen der 1920er und 1930er-Jahre existent gewesen waren. All dies lässt sich in der Vita Franz Josef Röders paradigmatisch nachzeichnen und bedarf nicht oder nicht mehr des erhobenen Zeigefingers. Wer den Zeigefinger dennoch erheben mag, der sollte es ebenso wenig an akribischen und umfassenden Nachforschungen wie an aussagekräftigen Beweisen fehlen lassen. Wer Röder dennoch für (mit)schuldig halten und sich selbst auf der Seite des Guten positionieren will und muss, der sei an die Worte Albert Camus' erinnert, mit denen dieser 1946 den französischen Justizminister um Gnade für einen der wichtigsten geistigen Wegbereiter der Vernichtung der französischen Juden bat:

»Wo wäre denn die Überlegenheit dessen, was wir verteidigen, wenn wir nicht in der Lage wären, unser begründetes Ressentiment zu überwinden?«¹⁴

Anmerkungen:

- 1 Peter Reichel, Harald Schmid, Peter Steinbach: Die »zweite Geschichte« der Hitler-Diktatur. Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Der Nationalsozialismus – Die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, München 2009, S. 8.
- 2 Erich Voltmer: Franz Josef Röder – ein Leben für die Saar, Dillingen 1979, S. 69.
- 3 Hans-Peter Klausch: Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, hg. von Die Linke – Fraktion im Landtag des Saarlandes, Saarbrücken 2013, S. 3.
- 4 Voltmer: Franz Josef Röder, S. 70ff.
- 5 LA Saarbrücken, Bestand MK, Nr. 751.
- 6 Eckart Conze, Norbert Frei u. a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 343.
- 7 Vgl. dazu auch Heinrich Küppers: Das christlich-katholische Lager an der Saar 1933–1945, unveröffentlichtes Vortragsmanuskript, Saarbrücken 2013.
- 8 Vgl. LA Saarbrücken, Bestand LEA, Nr. 3646.
- 9 Vgl. Volkhard Laitenberger: Der DAAD von seinen Anfängen bis 1945, in: DAAD (Hg.), Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–2000, Bd. 1: Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftige Aufgaben – vierzehn Essays, hg. von Peter Alter, Bonn 2000, vor allem S. 43–48.
- 10 Holger Impekoven: Die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Ausländerstudium in Deutschland 1925–1945. Von der »geräuschlosen Propaganda« zur Ausbildung der »geistigen Wehr« des »Neuen Europa«, Göttingen 2013, S. 197.
- 11 Vgl. Laitenberger: Der DAAD von seinen Anfängen bis 1945, S. 44–47, und Impekoven, Die Alexander von Humboldt-Stiftung, S. 425ff.
- 12 Vgl. Erich Später: Das Wort des Führers ist unser Befehl. Heinrich Schneider, ein deutscher Patriot, in: Saarbrücker Hefte 89 (2003), S. 95–103, hier S. 103.
- 13 Marnix von St. Aldegonde vor dem Reichstag zu Worms 1578. Eine Hilferuf der Niederlande an das Reich, in: Walter Söchting (Hg.), Das Niederlandebuch. Sammlung deutscher und niederländischer Arbeiten, Frankfurt a.M. 1943, S. 145–149.
- 14 Zit. nach Nils Minkmar, Der Autor verfluchter Bücher, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 2013, S. 25.